

| FREISINNIGE · ZEITUNG · DER · INTERVENTIONISTISCHEN · LINKEN · BERLIN |

INTERVENTIONISTISCHE POLITIK GEGEN SCHEINALTERNATIVEN UND FÜR DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE

SEPTEMBERWIRBEL!

■ UNSERE HERBST-AGENDA

Gemeinsam mit Blockupy werden wir am 2. September vor dem Bundesarbeitsministerium ein Zeichen setzen gegen das Hartz-IV-Regime, gegen nationalistische Spaltung und die von Deutschland forcierte Austeritätspolitik in ganz Europa. (Seite 3)

Das faschistische Potenzial der AfD und der enthemmten Mitte verlangt die Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Allianzen. Deshalb gehen wir am 3. September gemeinsam mit dem Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« gegen die AfD in Berlin auf die Straße. (Seite 4)

Der nächste Tag steht im Zeichen einer Bewegung der Solidarität und der Bewegungsfreiheit. »Welcome2Stay«, vor einigen Wochen in Leipzig mit 800 Teilnehmenden gestartet, geht in die nächste Runde. (Seite 5)

14 Tage später tragen Klerikale, Reaktionäre und Antifeminist_innen »1000 Kreuze« durch Berlin. Wir sind Teil derer, die an der Zurückdrängung reaktionärer Geschlechterordnungen und -bilder beteiligt sind – nicht nur am 17. September. (Seite 6)

Außerdem in dieser Ausgabe: Zum Deal mit Erdoğan (Seite 5) und Berlin für alle – gegen den Ausverkauf der Stadt (Seite 7).

Viel Spaß bei der Lektüre!

Und bis bald,
IL Berlin

UNTERM STRICH



Der Begriff »Freiheit« klingt phonetisch auf Amharisch wie »nets'aneti«. Eine Sprache, die in großen Teilen Äthiopiens gesprochen wird. Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Amharische_Sprache



Die Mischung macht's. Festhalten an Brauchbarem, loslassen, wenn es um konservative Haltungen geht...

»So viel Krise war noch nie!«

Ob in den Medien, der Familie oder unter Freunden und Kolleg_innen, immer wieder hört man solche Sätze. Dass vieles gehörig schief läuft und die Unsicherheit zunimmt, spüren immer mehr. Und das nicht nur hier, sondern überall auf der Welt – ob Klimakatastrophe, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Krieg und Terrorismus. So wie es jetzt läuft, läuft es nicht gut!

Die allgemeine Unsicherheit lässt rechte Kräfte europaweit profitieren: die AfD in Deutschland, in Frankreich den Front National oder PiS in Polen. Nicht nur in Großbritannien verbindet sich das Nein zur neoliberalen und undemokratischen EU mit reaktionären Botschaften und einer Explosion rassistischer Gewalt.

Am Scheideweg

Wahr ist: Die Welt ist in Bewegung, denn wir befinden uns tat-

sächlich in einer »Großen Krise«. Die Finanzcrashes von 2008 waren bloß der Startschuss. Es handelt sich um eine grundlegende Krise des Kapitalismus weltweit, deren einzelne Aspekte – ob Umwelterstörung, Ernährungslage oder Ungleichheit – sich gegenseitig verstärken und mit Verwüstungen und Vertreibungen einhergehen, die der kapitalistische Prozess immer wieder hervorbringt. Auch in unserem Alltag merken wir in Form von Arbeitshetze, Existenzängsten und steigender Altersarmut, dass die Krise sich bis in unsere Küchen und Schlafzimmer abspielt. Dass solche Krisen in Gewalt und Krieg eskalieren, und dass autoritäre, menschenverachtende Kräfte versuchen, sie für sich zu nutzen, ist historisch nichts Neues. Drei Entwicklungspfade zeichnen sich ab: Erstens versuchen die alten Ideolog_innen des Neoliberalismus, die Scheiße,

in die sie uns hineingeritten haben, zu verewigen: Mit TTIP & CETA feiern sie eine Back-To-The-Roots-Party der neoliberalen Neunziger.

AUCH IN UNSEREM ALLTAG MERKEN WIR DIE KRISE IN FORM VON ARBEITSHETZE, EXISTENZÄNGSTEN UND STEIGENDER ALTERSARMUT.

Troika und Fiskalpakt höhlen die ohnehin bürgerlich beschränkte Demokratie weiter aus und verarmen Millionen. Der EU-Türkei-Deal sichert dieses Modell – mit tödlichen Folgen – nach außen ab. Gestützt durch autoritäre Gewalt und hohe Krisen-

kunst soll die neoliberale Formation weiter vorantreiben.

Zweitens treiben rechtspopulistische bis faschistische Kräfte ihre reaktionären Ideen einer rechten Antwort auf die Krise voran. Gestützt auf eine verrohte »Mitte« propagieren sie Rassismus, Antifeminismus und nationalen Kapitalismus als falsche Alternativen. Das ist mehr als bloß ein Irrtum oder eine Ablenkungsstrategie.

Wie vor 80, 90 Jahren stellt der reaktionäre Aufschwung in einer tiefen Krise eine eigenständige, hochgefährliche Entwicklung dar, die mit allen Mitteln bekämpft werden muss, soll sie nicht erneut in Verfolgung und Krieg enden.

Den Scheinalternativen den Kampf ansagen

Gegen neoliberale Zombies und proto-faschistische Monstren arbeiten wir an der Entwicklung eines dritten Projekts, →

EXIT AUSTERITY – EXIT FORTRESS EUROPE – EXIT CAPITALISM!

PREKARITÄT ALS EXPORTSCHLAGER

Kürzere Bezugszeiten bei der Arbeitslosenunterstützung, Sanktionen, Minijobs, Leiharbeit und 1-Euro-Jobs – verschärfte Konkurrenz, wachsender Niedriglohnsektor, Prekarität überall. Die SPD hat mit den Hartz-Reformen nicht nur soziale Rechte beschnitten und die Disziplinierung von Arbeitslosen vorangetrieben. Sie hat auch Maßstäbe für Europa gesetzt.

Das deutsche Exportmodell verallgemeinert Prekarität in ganz Europa. Die Hartz-Reformen werden den sogenannten Krisenstaaten mit Radikalität und Vehemenz aufgedrückt. Die Erpressung der griechischen Regierung ist nur ein dramatisches Beispiel.

Unter den verschärften Konkurrenzbedingungen des freien Kapital-, Waren- und Dienstleistungverkehrs und bei einer gemeinsamen Währung ist die Lohnentwicklung die unmit-

telbare Stellschraube im Standortwettbewerb innerhalb der Eurozone. Dass hier eher eine Angleichung nach unten betrieben wird, zeigt die beharrliche Forderung der EU-Kommission, Arbeitsmarktregulierungen abzuschaffen und damit die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu verschärfen. Austerität ist im deutschen Europa zur Normalität geworden.

Hartz IV war erst der Anfang ...

Mit der Ausweitung der 1-Euro-Jobs, Rückzahlungen von Leistungen bei sogenanntem sozialwidrigem Verhalten und dem Schaffen von ALG-II-Empfänger_innen zweiter und dritter Klasse legt die jetzige Bundesregierung auch nach innen noch einmal nach.

Zurzeit besonders im Fokus des SPD-geführten Arbeitsministeriums: Geflüchtete und Migrant_innen. EU-Migrant_innen

DAS DEUTSCHE EXPORTMODELL VERALLGEMEINERT PREKARITÄT IN GANZ EUROPA.

haben nun fünf Jahre keinen Anspruch auf ALG II, falls sie nicht schon sechs Monate gearbeitet haben. Und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles schafft es sogar, die Unverschämtheit der 1-Euro-Jobs zu überbieten und schlägt 80-Cent-Jobs für Geflüchtete vor. Als Arbeitskräfte sind EU-Migrant_innen und Geflüchtete notwendig und werden gerne ausgebeutet – ob im Pflegesektor, in der Gastronomie oder auf dem Bau. Soziale und politische Teilhabe wird ihnen aber systematisch verwehrt.

Das deutsche Arbeitsministerium ist zentraler Akteur in diesem Regime der sozialen Spaltung und verschärften Ausbeutung, das vielfach rassistisch begründet und verschleiert wird. Und zwar nicht nur von der AfD, sondern auch von der Bundesregierung. Diese macht an vielen Stellen längst AfD-Politik.

Es gibt nur eine Alternative

Mit Blockupy werden wir am 2. September diese Politik am Arbeitsministerium angreifen. Das verbindet uns mit den massiven Protesten gegen die Loi Travail in Frankreich – aber auch mit denen in Belgien gegen das Peters-Gesetz und denen gegen den Jobs-Act in Italien. Diese Beispiele zeigen: Es gibt an vielen Stellen in Europa solidarischen und breiten Widerstand gegen Prekarisierung, Verarmung und soziale Spaltung. Blockupy bedeutet für uns

schon immer: Gegen diese EU der Grenzen und des Kapitals brauchen wir eine transnationale antikapitalistische Bewegung. Dieser Kampf ist längst ein europäischer und wir werden ihn letztendlich nur auf dieser Ebene gewinnen können.

Die Aufgabe ist dabei nicht einfacher geworden: In ganz Europa stehen wir nicht nur gegen das Establishment neoliberaler Regierungen – ob pseudo-sozialdemokratisch oder konservativ – sondern auch gegen die erstarrende Rechte. Aber wir haben bereits angefangen und wir werden entschlossen weitermachen: Ausbeutung, Rassismus und Grenzen werden wir überall bekämpfen – ob bei der AfD oder den Jobcentern und Arbeitsministerien in Berlin, Paris, Brüssel ... Denn am Ende gibt es nur eine Alternative und die ist grenzenlos und solidarisch: das gute Leben für alle. ★



Die Schirmherrschaft der Solidarität hat begonnen. Blockupy als Teil von Wirtschaftsblockaden kapitalistischer Umverteilungsprozesse von unten nach oben.

FORTSETZUNG SEPTEMBERWIRBEL

gestützt auf emanzipatorische Mobilisierungen und unserem Ziel von einem guten Leben für alle. Statt Herumdoktern am Bestehenden geht es uns um eine gerechte Welt, die nicht auf Kapitalismus, Krieg und Gewalt, sondern auf Solidarität, Würde und einem neuen Internationalismus basiert. Diesem Projekt – das heißt uns selbst und unseren Freund_innen

WAHLEN (ALLEIN) ÄNDERN NICHTS, DRUCK VON DER STRASSE IST UNABDINGBAR.

und Genoss_innen weltweit – stellen sich somit zwei Aufgaben: Reaktionäre Scheinalternativen abzuwehren und zurückdrängen und zugleich auf den radikalen Wandel zu orientieren. Ohne eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung wird sich nicht viel erreichen lassen: Sozialismus oder Barbarei. Dies ist die Auseinandersetzung, die

wir führen. Dies ist der historische Moment, in dem wir unsere vielfältige Praxis, unsere manchmal vereinzelt scheinenden Kampagnen, Bündnisse und lokalen Kämpfe verorten. Im September 2016 kommen diese konkreten Kämpfe zusammen. Während sich die Berliner Lokalpolitik für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. Sep-

tember in Stimmung bringt, geht die Interventionistische Linke Berlin gemeinsam mit vielen anderen – und mit Euch – in die Offensive. Denn alle Erfahrungen zeigen: Wahlen (allein) ändern nichts, Druck von der Straße ist unabdingbar. Wer sollte das besser wissen als wir in Berlin? Das Beispiel des rot-roten Senats, der ab 2002

UNSERE ALTERNATIVE: GRENZENLOS FEMINISTISCH, GRENZENLOS SOLIDARISCH, GRENZENLOS ANTIKAPITALISTISCH

BERLIN? BESSER OHNE AfD!

Die Entwicklungen der letzten drei Jahre haben in Berlin ihre Spuren hinterlassen. Die Angriffe gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sind im letzten Jahr um mehr als 30 Prozent gestiegen. Während Anti-Heim-Proteste, die zwischenzeitlich von Pankow bis Charlottenburg reichten, seit den wiederholten

Asylrechtsverschärfungen abnehmen, vereint die bundesweite Demonstration »Merkel muss weg« das rechte Protestspektrum alle zwei Monate in Berlin.

Ein rechtes Hegemonieprojekt
Die AfD in Berlin ist mitverantwortlich für diese Entwicklung und profitiert von ihr: Feder-

führend heizt sie rassistische und wertkonservative Stimmungen in der Stadt an und ist ein Sammelbecken für rechte Akteure jeglicher Couleur.

Der Einzug der AfD in das Abgeordnetenhaus am 18. September erscheint, trotz (oder wegen) eines fehlenden berlinspezifischen Programms, unabwendbar. Ihr

Erfolg steht für die anhaltende Verschiebung der politischen und kulturellen Landschaft nach rechts.

Wie ist die AfD politisch zu beurteilen? Dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen – von faschistisch bis rechtspopulistisch –, eine wirksame Strategie gegen ihre Erfolge konnte indes noch nicht entwickelt werden. Wir wollen die kommenden Wochen nutzen, eine linke Antwort auf die rassistische und antifeministische Stimmungsmache zu finden. Dazu vier Anmerkungen.

In die Offensive

1. Die AfD repräsentiert das Wählerpotenzial des »white angry old man«. Neben Rassismus trägt Antifeminismus als verbindendes Element zu Erfolg und Stabilität der Partei bei. Die heterosexuelle Kernfamilie als Keimzelle der Gesellschaft ist das ideologische Bindeglied, das die verschiedener (Wähler_innen-)Milieus der AfD verbindet. »Gender« und »Feminismus« sind dabei zentrale Feindbilder. Das findet Ausdruck in wertkonservativ-fundamentalistischen Aufmärschen wie der »Demo für alle« in Stuttgart oder dem »Marsch für das Leben« in Berlin. Insofern muss antifaschistische Politik Antifeminismus als integralen Bestandteil des Rechtspopulismus benennen.

2. Antifaschismus ist ein Abwehrkampf. Wir führen ihn gemeinsam mit allen, die in Gegnerschaft zur AfD stehen. Er ist ein Anknüpfungspunkt

für viele Menschen, die wir für unser Projekt der Solidarität begeistern wollen. Unser Ziel ist es, Menschen, die aktiv werden wollen, aber noch ohnmächtig die politischen Entwicklungen beobachten, ein Angebot zu machen. Sowohl das »Berliner Bündnis gegen Rechts« als auch das bundesweite Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« mit seinen regionalen Ablegern setzen auf die argumentative wie praktische Selbstermächtigung. Sie zielen auf die Aktivierung von Vielen.

3. Welche Strategie eine wirkungsvolle Intervention ist, muss sich auch in der Praxis zeigen. Für uns gehört dazu: eine erfolgreiche Straßenpolitik durch öffentlichen Widerspruch gegen die Politik der Spaltung und mit Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das öffentliche Auftreten der AfD. Für die Legitimität dieser Formen des Widerstands gegen die AfD muss in gesellschaftlichen Bündnissen gekämpft werden.

4. Eine weitere Herausforderung besteht darin, klassische Antifa-Strategien wie etwa das Outen, also das Aufzeigen personeller Verbindungen zum Nazi-Spektrum, auf die AfD anzuwenden. Die Tabubrüche der AfD sind genauso kalkulierte Strategie wie ihre Inszenierung als Opfer. Ein Ausweg sehen wir darin, offensiv und selbstbewusst in der öffentlichen Auseinandersetzung die Inhalte der AfD anzugreifen. Denn völkischer Chauvinismus und die Revision emanzipatorischer Errungenschaften sind keine Lösungen! ★



Wir müssen mit allen Mitteln die angestrebte Weltherrschaft der AfD stoppen!

FORTSETZUNG **SEPTEMBERWIRBEL**

fast zehn Jahre die Geschicke der Stadt leitete, gibt darüber beredtes Zeugnis. Es war ein Jahrzehnt rigider Kürzungspolitik und der Privatisierung von Wasser, Wohnungen und Daseinsfürsorge. Wir wissen: Der kapitalistische Normalzustand kann nur überwunden werden, wenn wir den Kampf dagegen zu unserer eigenen Sache machen.

Eine Menge Arbeit
Klingt nach einer Menge Arbeit. Macht aber Sinn. Unser Ziel ist die gesellschaftliche Hegemonie eines linken Blocks. Deshalb orientieren wir auf breite Bündnisse, die gemeinsame Erfahrungen und Erfolge einer gesellschaftlichen Linken erzeugen. Unsere Aufgabe ist es dabei, klar zu sagen, wo antisoziale

oder rassistische Politik gemacht wird, und dabei immer wieder neue Allianzen zu suchen, die Brüche vertiefen und Chancen ergreifen. Uns geht es im konkreten Handgemenge um die Selbstermächtigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Die Dinge geraten nicht nur in Berlin, nicht nur in Deutsch-

UNS GEHT ES IM KONKRETEN HANDGEMENGE UM SELBSTERMÄCHTIGUNG DER AUSGEBEUTETEN.

land in Bewegung. Das bedeutet Chancen, das bedeutet Gefahr. Unsere vielfältige Praxis orientiert sich deshalb gerade jetzt sowohl auf den Kampf um linke Alternativen als auch gegen reaktionäre Antworten. Deshalb freuen wir uns, auch nach September mit euch gemeinsam für eine bessere Welt zu streiten. ★

INTERVIEW MIT UND VON DER INTERVENTIONISTISCHEN LINKEN (IL) BERLIN

WIR KÖNNEN UNS KEINE BESSERE AUSGANGSLAGE BACKEN

Am Freitag gegen die Regierung auf die Straße gehen, am Samstag mit der SPD demonstrieren und sich ansonsten für eine solidarische Stadt einsetzen – wie geht das zusammen?

Wenn wir am Freitag das Arbeitsministerium blockieren, dann rücken wir ein zentrales Element des gegenwärtigen Elends ins Zentrum der Aufmerksamkeit: Die Verunsicherung der allgemeinen Lebensverhältnisse für alle, die nicht genug Geld besitzen und

gezwungen sind, unter immer schlechter werdenden Bedingungen ihren Lebensunterhalt zu sichern. Soziale Spaltung und verschärfte Ausbeutung, extreme Konkurrenz und das gegeneinander Ausspielen von Geflüchteten und Alteingesessenen – die Regierung schafft die Voraussetzungen, von der die Wirtschaft profitiert: Dass diese den »Sommer der Migration« so beklatscht, hat ja herzlich wenig mit ihrer humanistischen Ader zu tun, sondern

vielmehr mit dem Drücken der Löhne.

Profitieren kann hiervon momentan vor allem die Rechte in weiten Teilen Europas. Zum Beispiel in Ungarn, wo unter Viktor Orban ein Rechtsruck ohnegleichen stattgefunden hat. Und französische Verhältnisse beschreiben ja leider nicht nur die Proteste gegen das Loi Travail, die französische Agenda 2010, sondern auch einen erstarkten Front National, der mit Marine Le Pen die nächste Staats-

präsidentin stellen könnte. Es ist deshalb angebracht, den Aufstieg der Rechten in Deutschland auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu bekämpfen, wie es sich so schön sagt. Momentan gehört für uns dazu, eine breite Abwehr gegen die AfD zu organisieren. Wenn sich daran SPD und Grüne, Gewerkschaften und NGOs beteiligen, finden wir das erst mal nicht verkehrt. Auch Parteien sind kein einheitlicher Block, sondern ein Kampffeld unterschiedlicher Interessen. Wir

denken, dass es sich lohnt, auch hier zu intervenieren. Dazu gehört selbstverständlich auch, klar zu benennen, wer rassistische Stimmungen anheizt und wer für Grenzsicherungen und Abschiebungen verantwortlich ist.

Aber widerspricht sich das nicht?

Das kann manchmal wie ein missglückter Spagat aussehen. Wir können uns aber keine bessere Ausgangslage backen: Wer die Gesellschaft verändern will, muss mit ihr arbeiten, wie sie

WIR SAGEN NEIN ZUM EU-ERDOĞAN-DEAL

DER PUTSCH UND DER PAKT

»Die Türkei ist ein sicheres Herkunftsland.« Diese zynische Feststellung der EU-Kommission findet große Zustimmung nicht nur bei Sigmar Gabriel (SPD), sondern auch bei führenden Vertreter_innen von CDU/CSU. Dabei herrscht nicht erst seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 in der Türkei ein Zustand offener Repression. Bereits seit dem Erfolg der HDP im vergangenen Jahr, die als Bündnis von prokurdischen und linken Gruppen in der Türkei angetreten war, führt die Regierung Krieg im eigenen Land. Ganze Viertel kurdischer Städte wurden seitdem dem Erdboden gleichgemacht.

Bundesdeutsche und EU-Politiker_innen verschließen ganz bewusst die Augen vor der Menschenrechtslage in der Türkei. Der sogenannte EU-Türkei-Deal wäre ansonsten Makulatur, mit dem die Abschottung der EU-Außengrenzen erkaufte wurde. Selbst in weiten Teilen der bürgerlichen Medien gilt der Deal als moralisch anstößig.

Dirty dealing

Bei dem Deal geht es um die Aufnahme syrischer Bürgerkriegs-



Saubere Hände beim Handshake für dreckige Deals: Merkel/EU und Erdogan.

flüchtlinge im Verhältnis 1:1 gegen andere Geflüchtete sowie die Zahlung von insgesamt sechs Milliarden Euro bis Ende 2018 im Gegenzug zu Visaverleichterungen für türkische Staatsbürger, eine mögliche Zollunion und die Wiederaufnahme der EU-Mitgliedschaftsgespräche. Für Erdoğan ist dieser Deal wichtig, um innen- wie außenpolitische Punkte zu sammeln. Außenpolitisch hatte sich Erdoğan zeitweise mit den USA und Russland überworfen und seine unverhohlene Unterstützung isla-

mistischer Gruppen in Syrien, die jüngst selbst der BND feststellte, wird von vielen kritisiert.

Innenpolitisch steuert das Land auf eine Wirtschaftskrise zu angesichts geringer Direktinvestitionen, einbrechender Tou-

NICHT NUR DER DEAL MIT DER TÜRKEI IST EINE SCHANDE.

ristenzahlen und Staatsanleihen auf »Ramschniveau«. Dabei basiert Erdoğan's Machtblock auf dem Versprechen von Ruhe und Wohlstand für die konservativen Schichten in Anatolien. Tatsächlich hat sich das Inlandsprodukt in den letzten 15 Jahren verdreifacht. Vieles jedoch auf Kredit, der nun zu platzen droht.

Aktuelle Türkei-Politik bekämpfen

Die Politik Deutschlands und der EU gegenüber der

Türkei muss bekämpft werden. Dazu bedarf es einer Allianz von antirassistischen und Menschenrechtsgruppen, türkischen Linken, Kurd_innen, Alevit_innen und nicht zuletzt den Geflüchteten, die zum Objekt dieser Politik degradiert werden sollen.

Als radikale Linke sind wir momentan in der sonderbaren Lage, dass die Kritik an Erdoğan bis in die Reihen von CSU und völkischen Nationalisten geteilt wird – hier allerdings aus »Angst« vor dem »Islam« und »den Türken«. Diesen rassistischen Projektionen muss Widerstand entgegengesetzt werden, genauso wie dem nationalistisch-islamistischen Projekt der AKP.

Nicht nur der Deal mit der Türkei ist eine Schande für den »Friedensnobelpreisträger EU«: Weil durch die Schließung der Türkei-Route wieder Zehntausende Menschen auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer gezwungen werden, trägt die EU direkte Verantwortung für die auf diesem Weg bereits über 3.500 Umgekommenen in diesem Jahr. ★

ist – ohne Widersprüche ist das nicht zu haben. Wir wissen, dass wir nicht den Stein der Weisen gefunden haben. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, in unübersichtlicher und veränderter Situation unterschiedliche Wege auszuprobieren. Der Weg ist voller Windungen und Wendungen, sagte mal ein großer chinesischer Bauphilosoph, aber das Ziel ist klar und hell.

Gibt das intern nicht Ärger?

Natürlich streiten wir intern um angemessene Antworten, und manch ein Kompromiss tut dem einen mehr weh, als der anderen. Aber auch unter uns gilt: ein solidarischer Umgang untereinander mit dem Ziel eines guten Lebens für alle.

Hü?

In unserem Aufruf für die Aktionen am ersten Septemberwochenende schreiben wir: »Im Vermächtnis von Schröder und Blair, von Schäuble und Dijsselbloem angetrieben, folgt Europa dem Trend der Agenda 2010. Und so heißt es, arm trotz Arbeit zu sein oder im gänzlich prekarierten Alltag sein Glück suchen zu müssen. Wenn das Versprechen Europas für die meisten Menschen nur noch ein Mehr an Verzicht ist, läuft etwas falsch – ganz falsch.« Man muss nur das Wort »Europa« durch »Deutschland« bzw. »Berlin« ersetzen, dann trifft das ganz genau die Situation der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt. Und hier wollen wir ansetzen. Wir fordern ein Ende der kommunalen

Austerität, also des Sparens-Sparens. Für uns gibt es kein »Wir« und kein »Die«, wenn's um Geflüchtete und Altingesessene geht. Wir fordern daher Schluss mit Ausgrenzung und Rassismus, stattdessen den Neuaufbau einer sozialen Infrastruktur für Berlin. Geld ist da, denn die Stadt hat in den nächsten Jahren Haushaltsüberschüsse zu erwarten. Milliarden wurden für Bankenskandal, Flughafen BER und andere Prestigebauten verschwendet. Doch darüber redet kaum jemand, denn es passt nicht in die neoliberale Denke: Der Staat pöppelt die Märkte, die sollen es dann richten, der Wettbewerb regiert.

Damit wollen wir Schluss machen: Ob Wohnungsbau, Kindergarten, Schulen, Unis, Jugendzentren,

Schwimmbäder oder Krankenhäuser – all das sind öffentliche Aufgaben. Wenn wir diese Bereiche dem Markt überlassen, dann gehen sie zugrunde. Die Wohnungsnot zeigt, wohin Privatisierung führt. Das marode Gesundheitssystem mit Lohndumping und totaler Überarbeitung vom Pfleger bis zur Oberärztin führt vor, wie rührend private Krankenhauskonzerne sich um unsere Gesundheit sorgen. Zwischen all dem Elend schreit dann die AfD, es sei nicht genug für alle da. Wir sagen »Doch« und fordern eine solidarische Stadt für alle!

Und wie haltet ihr es mit einem rot-rot-grünen Bündnis in Berlin?

Auch wenn das ein Kommentarspalten-Klassiker ist: Wir sind nicht der militante Arm der

Linkspartei; von uns strebt auch niemand einen Posten im Abgeordnetenhaus oder Senat an. Und die neun Jahre rot-rote Stadtregierung waren bitteres Lehrgeld, wie viel Hoffnung man in eine linke Koalition legen kann. Uns ist aber klar: Wenn sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern, spiegelt sich das in Parlamenten und Parteien wider. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen werden allerdings nicht im Parlament auf den Weg gebracht. Auch der Bruch mit vorherrschenden Verhältnissen kann dort nicht durchgesetzt werden – selbst der zaghafteste Versuch, gegen die herrschenden Interessen Verbesserungen im Hier und Heute umzusetzen, braucht den Druck von außen, von uns allen. ★

QUEERFEMINISMUS GEHT ALLE AN

KOMMT IN DIE PUSCHEN!

Am 17. September wird in Berlin der alljährliche »Marsch für das Leben« stattfinden. Viele belächeln ihn als ein Schaulaufen fundamentalistischer Spinner*innen. Das ist er aber nicht. Hier kommt etwas zusammen, dass für alle eine reale Gefahr darstellt, die selbst über ihre Körper bestimmen wollen. Bei dem Marsch geht es nicht nur um die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Gefordert wird etwa auch die »Hebung der deutschen Geburtenrate« oder eine »Willkommenskultur für Babys« (statt für Geflüchtete). Unter der Hand eines friedlichen Schweigemarschs werden offen sexistische, trans- und homofeindliche, nationalistische und rassistische Positionen vertreten. Dabei machen die Berliner Landesvorsitzende der AfD, Beatrix von Storch, Mitglieder der CDU/CSU, Rechtspopulist*innen und extreme Rechte gemeinsame Sache.

Wertkonservatives Rollback

Die selbsternannten »Lebensschützer« sind leider nicht allein. Die AfD fordert etwa »mal eben so«, Gender Mainstreaming und Gender-Forschung abzuschaffen

und Kindern in Schule und Kindergärten klassische Rollenbilder aufzudrängen. Sie beklagt zudem einen »falsch verstandenen« Feminismus, der Frauen in ihrer ursprünglich zugeschriebenen Rolle als Mutter und die Kleinfamilie als Keimzelle der Nation negiert. Dieses wertkonservative Rollback und die Umdeutung von Feminismus haben fatale Folgen. In der Diskussion nach den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln sprachen sich etwa selbsternannte »FeministInnen« für einen Schutz deutscher Frauen vor vermeintlich gewalttätigen »Ausländern« aus. Damit heizten sie nicht nur einen rassistischen Diskurs an, sondern verkanteten vollkommen, worum es eigentlich gehen müsste: Um eine Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt und Sexismus in

DIESES WERTKONSERVATIVE ROLLBACK UND DIE UMDEUTUNG VON FEMINISMUS HABEN FATALE FOLGEN.

der Gesellschaft, egal, von wem sie ausgeübt wird, und vor allem um den Schutz ausnahmslos aller Opfer, egal woher sie stammen.

Gemeinsam können wir uns dem entgegenstellen

Die gute Nachricht: Wir können etwas dagegen tun! Die Frauenkampftagsdemo in Köln am 12. März unter dem Motto »Unser Feminismus bleibt antirassistisch« war in diesem Jahr so groß wie schon lange nicht mehr! Queerfeministische Blogger*innen und Medienschaffende wie die Initiator*innen von #ausnahmslos stellen sich gegen antifeministische Hasskampagnen im Internet. In Berlin mussten die sogenannten Lebensschützer im letzten Jahr wegen der Proteste um ein Drittel verkürzt und ihren feierlichen Gottesdienst zum Ende des Marsches im strömenden Regen abhalten.

Auch in diesem Jahr stellen wir uns den »Lebensschützern« wieder entgegen! Wir wollen, dass jede Person ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch und körperlicher Selbstbestimmung zuteilwird!

Wir wollen, dass die Verbesserung der Rechte von Frauen*

nicht damit erkaufte wird, dass die Rechte von Geflüchteten noch weiter beschnitten werden, wie es jüngst bei der Änderung des Sexualstrafrechts geschehen ist. Dafür lassen wir uns nicht instrumentalisieren!

Wir fordern die Anerkennung und den Schutz aller Geschlechter, insbesondere auch derer, die die »Lebensschützer« für nicht existent halten.

Wir wollen über unsere Körper selbst bestimmen dürfen. ★

ANZEIGE





MADELAINÉ IST AUS DEM KAMERUN NACH DEUTSCHLAND GEFLÜCHTET UND KÄMPFT IN DER SOLIDARITY-CITY-AG DER IL BERLIN FÜR DIE RECHTE VON GEFLÜCHTETEN UND ILLEGALISIERTEN

BERLIN MUSS ZU EINER STADT DER SOLIDARITÄT WERDEN

Du warst im Juni in Leipzig auf dem Welcome2Stay-Kongress. Dort sollten die selbstorganisierte Geflüchtetenbewegung, die »klassische« Antirabebewegung und die neu entstandenen Willkommensinitiativen zusammengebracht werden. Hat das funktioniert?

Insgesamt war Leipzig eine gute Sache. Das Treffen war gut organisiert und die Vernetzung und der Wissensaustausch waren sehr wertvoll. Die Willkommensinitiativen würde ich erst mal sehr positiv einschätzen, denn die konkrete Hilfe ist wichtig. Wichtig ist aber auch, dass das humanitäre Engagement mit dem politischen Hand in Hand geht. Wenn wir

Welcome2Stay, also das Bleiben, ernst nehmen, müssen wir Strategien entwickeln, wie die Geflüchteten hierbleiben können. Dazu gehört auch, sich nicht nur zu treffen, sondern konkret in die Lager zu gehen und dort die Leute über das Asylverfahren aufzuklären und darauf vorzubereiten. Oft wissen diese gar nicht, was auf sie zukommt. Zusätzlich ist es wichtig, dem Rassismus und der Diskriminierung in den Institutionen des Asylsystems, also der Ausländerbehörde oder den Lagern, den Kampf anzusagen. Und vor allem sollten wir nicht das nachmachen, was uns die Regierung vorgibt, nämlich die eine

Geflüchteten-Gruppe anderen vorzuziehen. Wenn alle Menschen gleich sind, gilt das auch für Geflüchtete.

Warum bist du in der IL organisiert?

Ich war schon in Kamerun in der Linken aktiv, habe dort gegen die Diktatur und für Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit gekämpft. Die IL habe ich als Ort wahrgenommen, wo alle möglichen verschiedenen Nationalitäten gemeinsam Politik machen können – also nicht nur Geflüchtete oder nur Deutsche. Das war mir wichtig, deshalb bin ich in der IL aktiv. Und da

viel Wert auf Übersetzung gelegt wird und wir als Geflüchtete ausreichend gehört werden, funktioniert das auch. Vielleicht könnten wir aber als IL uns auch mehr mit der Situation in Kamerun beschäftigen – schon allein wegen der deutschen Kolonialgeschichte ist das ein Thema.

Du bist in der Solidarity-City-AG aktiv. Was ist da euer aktuelles Projekt?

Unser Ziel ist es, Berlin zu einer Stadt der Solidarität zu machen, die Schutz für Geflüchtete, Illegalisierte und alle anderen Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus bietet. Wir wollen

dafür mit der Frage der Gesundheit anfangen. Gesundheit ist eine sehr elementare Angelegenheit für vieles Andere. Deshalb fordern wir eine unbeschränkte Versorgung auch für Menschen ohne Papiere, wie es sie z. B. in Frankreich gibt. Dazu gehört auch die Abschaffung des Krankenscheins für Geflüchtete. Dieser bedeutet im Falle einer Krankheit einen großen Aufwand, die nötige medizinische Versorgung zu bekommen. Die AOK-Karte für Geflüchtete, die an sich sehr sinnvoll ist, wird an viele wie etwa Menschen mit einer Duldung nicht ausgegeben. Der Zugang zu Gesundheit muss aber universell sein. ★

AUS DER WILLKOMMENSBEWEGUNG EINE FÜR BLEIBERECHT MACHEN

WELCOME 2 STAY!

Der Sommer der Migration war angesichts der parallel anlaufenden Asylrechtsverschärfung sicher kein Sommermärchen.

Dennoch: Migration wurde sichtbarer und rückte ins Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Trotz wichtiger Kritik an Paternalismus und der Privatisierung staatlicher Aufgaben sind Willkommensinitiativen in Zeiten einer Politik der Vereinzelung und nationaler Egoismen ein Zeichen der Solidarität und Hoffnung. Vielen wurde erstmals die Unmenschlichkeit und Absurdität des deutschen Asylsystems bewusst.

Das hat Einfluss auf die Gesellschaft, in der wir leben, und die wir gemeinsam mit den neu Angekommenen gestalten wollen. Wie groß dieser Einfluss im Verhältnis zu dem des sich neu

formierenden rechten Spektrums und dem Kurs der Regierung sein wird, entscheidet sich jetzt.

Für uns ist dabei zentral:

— Aus der Willkommensbewegung eine für Bleiberecht

BLEIBERECHT STATT
PATERNALISTISCHE
FREUNDLICHKEIT...

machen! Wir brauchen breite Allianzen gegen Abschiebungen.

— Brücken schaffen zwischen Geflüchteten-Selbstorganisationen und Willkommensinitiativen. So können versammelte

Kompetenzen genutzt werden, um etwa neu Angekommene über ihre Rechte aufzuklären.

— Zeigen, dass es keine »Flüchtlingskrise« gibt, sondern eine politisch verursachte Krise der sozialen Sicherung, die wir nur gemeinsam im Kampf für soziale Infrastrukturen für alle lösen können.

Welcome2Stay im Juni 2016 war eine Zusammenkunft der »alten« Antira-Bewegung, Geflüchteten-Selbstorganisationen, progressiven Personen aus Parteien, NGOs und neuer Willkommensbewegung. Es gab viel zu diskutieren, einiges, um zu streiten – aber auch einen verbindenden Moment: Dass wir diejenigen sind, die in einer solidarischen Gesellschaft leben wollen und wir bereit sind, das anzupacken. ★



NEUE WOHNUNGSPOLITIK VON UNTEN DURCHSETZEN

BERLIN FÜR ALLE GEGEN DEN AUSVERKAUF DER STADT!

»Angemessener Wohnraum«

ist ein Grundrecht, sagt die Berliner Landesverfassung. »Is' mir egal«, sagt die Berliner Politik. Zwar wird in Sonntagsreden mittlerweile eingeräumt, dass nicht alles glatt läuft – doch unter der Hand geht es weiter wie gehabt. Wohnraum ist nach wie vor ein Geschäft: Neben dem Partytourismus sind Immobilien die Wachstumsbranche in Berlin.

Die sprudelnden Staatsgelder sorgten für fette Gewinne und einen korrupten Filz zwischen Immobilienwirtschaft und Regierungsparteien. Zugleich sicherten sie bezahlbare Mieten: Sozialwohnungen entstanden in sechsstelliger Zahl. Die Investoren gaben unverhältnismäßig hohe Kostenmieten an, die Stadt zahlte Zuschüsse, die den Wert der Häuser vielfach

neuten Förderung der Privaten. Zugleich forderte es die Einrichtung eines Wohnraumförderfonds, der den Ankauf und Neubau von Wohnungen durch die Stadt ermöglicht.

Fast 50.000 Menschen haben diese Forderung unterstützt – eine der größten wohnungspolitischen Bewegungen der letzten 20 Jahre. Doch umgesetzt wurden sie nur teilweise. Der Senat

Doch all das ist kein Selbstläufer. Nur mit ausreichend Startkapital kann der Fonds im spekulativ aufgeheizten Immobilienmarkt bestehen. Damit ist klar, welcher Kampf nun ansteht: Die erwarteten Haushaltsüberschüsse der nächsten Jahre müssen in den »Revolverfonds« fließen!

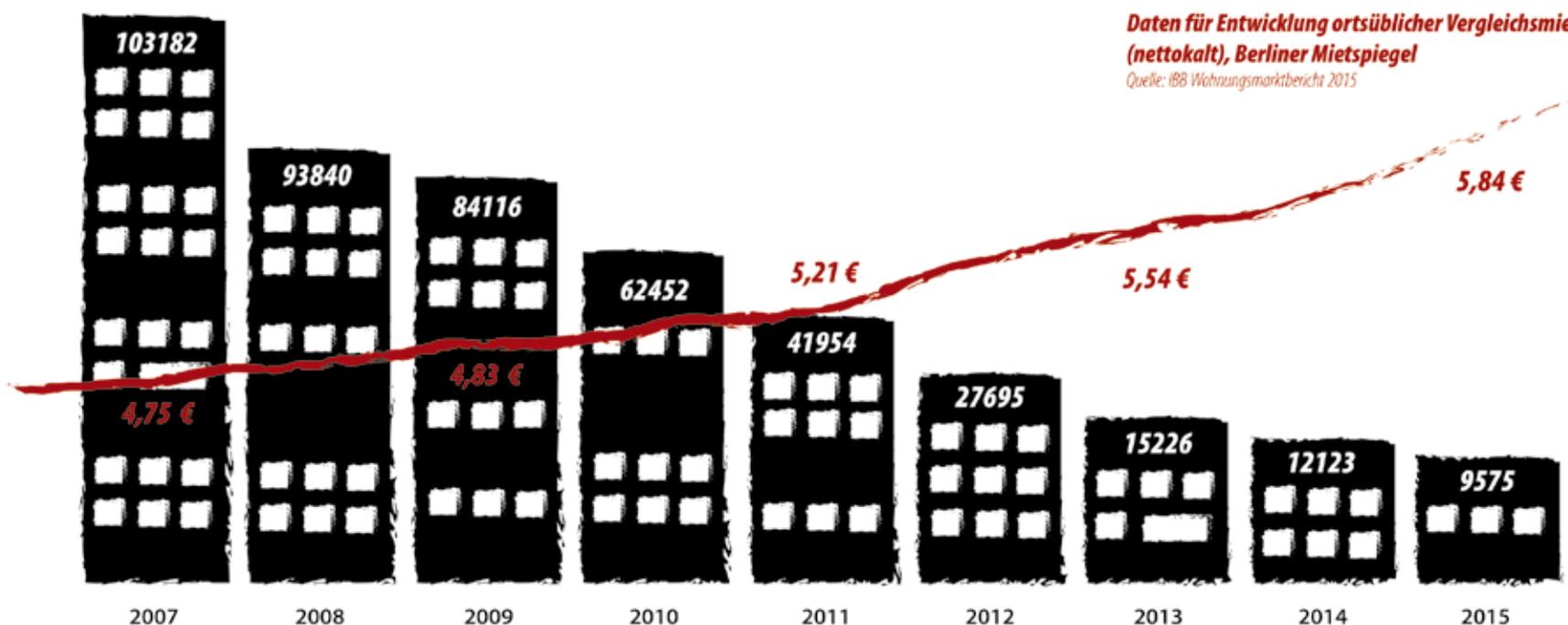
Im Rahmen der Kampagne »Berlin für alle« wurde hier-

gend notwendig – für alle, die bezahlbaren Wohnraum suchen, ob Alteingesessene oder Geflüchtete, für die der freie Markt kaum Wohnungen bereithält und denen Turnhallen, Hangars und Modulbauten keine menschenwürdige Alternative bieten.

Doch der Fonds hat auch Beschränkungen: Er arbeitet parallel zum klassischen Immo-

Angebot bezahlbarer Wohnungen bei Immoscout 24

Quelle: Andrej Holm, Sozialer Wohnraumversorgungsbedarf in Berlin, 2016



Daten für Entwicklung ortsüblicher Vergleichsmiete (nettokalt), Berliner Mietspiegel

Quelle: IBB Wohnungsmarktbericht 2015

Und diese Branche diktiert der Politik ihre Vorstellungen. Das jüngste Beispiel ist die Unterbringung von Geflüchteten. Dort entsteht ein neuer Markt, der unseriösen Anbietern Profite für Massen- und Billigunterkünfte beschert. Dabei wären richtige Wohnungen menschenwürdiger und billiger. Die Konzepte sind da – doch von allein wird sie niemand umsetzen.

Filz und Privatisierung: das Berliner Modell

Schon zu Westberliner Zeiten setzte die Stadtregierung auf die Förderung privater Investor_innen. »Egal wie teuer du baust, wir zahlen das schon«, so das Motto.

überstiegen – private Bereicherung an öffentlichem Eigentum.

Als 2003 die Fördergelder gestrichen wurden, war das Ende für bezahlbare Sozialmieten und Wohnungsneubau gekommen. Zugleich wurden Zehntausende landeseigene Wohnungen privatisiert. Die Stadt steuerte sehenden Auges in die Wohnungsnot. Heute wissen wir: Der Stadt fehlen bis zu 125.000 bezahlbare Wohnungen. Steigende Mieten sind die Folge. 2015 wagte der Erste Berliner Mietenvolksentscheid ein Aufbegehren. Das Bündnis, in dem auch die IL Berlin mitwirkte, verlangte einen Neubau komplett in öffentlichem Eigentum statt der er-

drohte der Initiative mit einer Verfassungsklage und präsentierte zugleich ein eigenes Gesetz, das nur Teilforderungen aufnimmt.

Der neue Revolverfonds – Pistole auf die Brust der Immobilienlobby?

Eine Neuerung ist der »revolvierende Fonds«: ein Geldtopf, der die Wohnungsfördermittel des Landes bündeln und öffentlichen Neu- und Ankauf ermöglichen soll. Die Mieteinnahmen der neuen Wohnungen sollen den Fonds wieder auffüllen. Durch dieses Rückfließen, also »Revolvieren« soll ein weiterer Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestands gelingen.

für ein Konzept erarbeitet und durchgerechnet: Mit 400 Millionen Euro jährlichem Zuschuss und zusätzlichen Geldern der Investitionsbank Berlin Brandenburg könnte der Fonds etwa 10.000 Wohnungen im Jahr bauen. Mit der Umgehung der privaten Banken ist das machbar und bezahlbar – nun müssen wir dafür sorgen, dass es auch passiert!

Das Ziel: Vergesellschaftung

Der Wohnraumförderfonds wurde von unten durchgesetzt. Er hat öffentliches Eigentum überhaupt wieder auf die Agenda gesetzt. Nun nicht für seine Umsetzung zu kämpfen, wäre fatal. Denn Neubau ist drin-

liensektor und krümmt diesem kein Haar. Es wird gekauft und gebaut, nicht enteignet. Der private Markt kennt weiterhin weder Mietobergrenzen noch Mitbestimmung für Mieter_innen. Wir brauchen darum mehr: nicht nur ein bisschen zusätzlichen öffentlichen Bestand, sondern die Abschaffung des privaten Wohnungsmarkts. Erreichen lässt sich dies nur von unten. Das Kleinkochen des Mietenvolksentscheids hat gezeigt, dass schon einzelne Reformen erbittert bekämpft werden. Zugleich hat es deutlich gemacht, wie bedrohlich eine soziale Bewegung für die herrschende Politik wird, wenn sie aus dem Käfig des Neoliberalismus ausbricht. ★



Für ein Ende der Traurigkeit

Die Interventionistische Linke ist ein Zusammenschluss von bestehenden Gruppen, lokalen Neugründungen unter diesem Namen und Einzelpersonen aus fast 30 Städten auf dem Weg zu einer überregionalen Organisation.

In Berlin haben sich Anfang 2015 die Gruppen »Avanti – Projekt undogmatische Linke«, »Für eine linke Strömung« (FeLS) und Teile der »Antifaschistischen Linken Berlin« (ALB) zu einer Ortsgruppe der Interventionistischen Linken (IL) zusammengefunden. Mit inzwischen vielen neuen Genoss_innen haben wir uns verabredet, eine Strömung innerhalb der Berliner (radikalen) Linken zu organisieren – verbindlich, gemeinsam, mit lokal verankerter überregionaler Politik. Und wir laden ein, sich an diesem Versuch zu beteiligen.

Die IL ist unter anderem in sozialen, antirassistischen, feministischen und Klimakämpfen aktiv und engagiert sich in den Bereichen Antifaschismus und Antikriegspolitik. Wir wollen eine radikale Linke, die aktiv nicht nur gegen die Zumutungen und Grausamkeiten, sondern gegen den Kapitalismus insgesamt kämpft, die dabei immer wieder neue Allianzen sucht, die Brüche vertieft und Chancen ergreift, die lieber Fehler macht und aus ihnen lernt, anstatt sich im Zynismus der reinen Kritik zu verlieren. Mehr dazu im Zwischenstandspapier der IL unter interventionistische-linke.org.

Arbeitsgruppen der IL Berlin:

Antifaschismus // Gesundheit // InterSol/Antirassismus
Klima // Krise // NSU-Komplex // Recht auf Stadt
Rojava // QueerFeminismus // Zeitungsprojekt arranca!

Kontakt:

berlin@interventionistische-linke.org

Jeden letzten Dienstag im Monat habt ihr Gelegenheit, die IL Berlin beim offenen Kneipenabend in der B-Lage kennenzulernen: ein netter Anlaufpunkt für Interessierte an Mitarbeit, 20 Uhr, B-Lage, Mareschstraße 1, Berlin-Neukölln.

TERMINE/AKTIONEN

2. September 2016

Offensiv blockieren wir am 2. September das Ministerium für Arbeit und Soziales, markieren ihre Verarmungs- und Ausgrenzungspolitik – gegen die soziale Spaltung im Innern & die Grenzen nach Außen.

- 7.30 Uhr // Blockade des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Berlin – Treffpunkte und letzte Infos: blockupy.org
- Nachmittags: dezentrale Aktionen

3. September 2016

Unser Feminismus bleibt antirassistisch!
Kommt zum »Grenzenlos feministisch – grenzenlos solidarisch – grenzenlos antikapitalistisch«-Block auf der Demo gegen die AfD des Bündnisses »Aufstehen gegen Rassismus«

- Informationen: www.aufstehen-gegen-rassismus.de
- 14 Uhr // Adenauerplatz // Berlin

4. September 2016

Welcome2Stay – bundesweites Beratungstreffen der Bewegungen des Willkommens, der Solidarität, der Migration und des Antirassismus

- Informationen: welcome2stay.org
- Nachfragen, mitmachen, anmelden: mail@welcome2stay.org
- 10-17 Uhr // Rosa-Luxemburg-Stiftung // Franz-Mehring-Platz 1

17. September 2016

Euer Schweigen könnt ihr euch schenken.
Lieber Feminismus feiern!

Antifaschistische und queerfeministische Demonstration des What-the-Fuck?-Bündnisses gegen den alljährlichen Schweigemarsch der sogenannten Lebensschützer

- 12 Uhr // Anhalter Bahnhof // Berlin

Impressum



Zeitung der IL Berlin
V.i.S.d.P.: Septimo Autoño // Annastraße 7 // 12247 Berlin
Auflage: 20.000

B E R L I N

Mail: berlin@interventionistische-linke.de
Web: <http://www.interventionistische-linke.org>
Twitter: @IL_Berlin, @inter_linke
Facebook: <https://www.facebook.com/berlin.il/>

Spendet für interventionistische Politik
IBAN: DE53 4306 0967 1168 8584 00 // BIC: GENODEM1GLS // GLS Bank
Kontoinhaber: Adelante e. V.

Support your local refugee activist

Geflüchteten wird die politische Teilhabe sehr erschwert. Um aktiv sein zu können, müssen sie für ihr individuelles Bleiberecht und gegen ihre staatlich gewollte Isolation kämpfen. Um uns den Rücken fürs gemeinsame Politikmachen frei zu halten, benötigen wir daher eure finanzielle Unterstützung – ob als einmalige oder regelmäßige Spende.



Vobik e.V.
IBAN: DE52100900007271426008
BIC: BEVODE33XXX
Verwendungszweck: Bleiberecht